

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 18. April 1968

Nummer 16

Neue Impulse für den Interzonenhandel?

Rückgang kam nicht unerwartet

Nach dem Rekordergebnis des Jahres 1966 stand der Warenverkehr im Interzonenhandel 1967 im Zeichen einer deutlichen Abschwächung: Der Umsatz ging gegenüber dem Vorjahr um 7,5 vH auf 2,75 Mrd. DM¹ zurück. Die vor Jahresfrist geäußerte pessimistische Erwartung ist damit bestätigt worden. Auch die 1967 von der Bundesregierung geschaffenen Erleichterungen haben — wie gleichfalls erwartet — diese rückläufige Entwicklung nicht aufzuhalten vermocht, da sie von vornherein als auf längere Sicht wirksam einzuschätzen waren².

Die ungleichgewichtige Entwicklung beider Warenströme im Jahre 1966 hätte vermuten lassen, daß das Jahr 1967 völlig unter dem Einfluß der verstärkten Bemühungen zum Ausgleich der Bilanz stehen würde. Dies aber war nur zum Teil der Fall: Sowohl die westdeutschen Lieferungen als auch die Bezüge lagen 1967 insgesamt um 9 vH bzw. 6 vH unter dem Niveau des Jahres zuvor. Allerdings ist innerhalb dieser Periode ein Tendenzumschwung im Verhältnis von Aus- und Einfuhren eingetreten: Der erneute Lieferrückstand der DDR entstand fast ausschließlich in den ersten sechs Monaten, während in der zweiten Jahreshälfte die Lieferungen und Bezüge nahezu ausgeglichen waren. Dennoch hat sich der mitteldeutsche Passivsaldo 1967 insgesamt stark erhöht: Mit 1484 Mill. DM übertrafen die westdeutschen Lieferungen die Bezüge (1264 Mill. DM) abermals beträchtlich; der kumulierte Lieferüberhang betrug am 31. Dezember 1967 500 Mill. DM.

Die Warenstruktur des Interzonenhandels hat sich im Jahre 1967 weiter verändert: Bei den westdeutschen Lieferungen gingen die Verkäufe landwirt-

schaftlicher Erzeugnisse gegenüber dem Vorjahr um 25 vH (90 Mill. DM) und die von Eisen und Stahl sogar um 40 vH (137 Mill. DM) zurück. Chemische Produkte wurden in gleichem Maße wie 1966 verkauft. Die Lieferungen von Maschinenbauerzeugnissen wurden um 13 vH (29 Mill. DM) erhöht.

Die westdeutschen Bezüge zeigen ein ähnlich einheitliches Bild: Die Käufe von Gütern der Ernährungswirtschaft erhöhten sich um 5,7 vH; fast ebenso stark war die Zunahme bei chemischen Erzeugnissen (5,2 vH). Dagegen blieben die Käufe von Maschinen sowie von Textilien und anderen Verbrauchsgütern erheblich (um 20 vH) hinter dem Vorjahrsergebnis zurück. Auch die Braunkohlenbezüge verminderten sich abermals stark (—28,5 vH), was zusammen mit dem Ausfall der Treibstoffbezüge 1967 zu einem Minus in der Bilanz von knapp 100 Mill. DM führte.

Im Gegensatz zum innerdeutschen Warenverkehr konnte die DDR im vergangenen Jahr den Handel mit ihren anderen Partnern erheblich steigern. So erhöhten sich die Exporte in die UdSSR — auf die 1966 41,5 vH des mitteldeutschen Außenhandelsumsatzes entfallen waren — um 10,3 vH und in die Industrieländer des Westens insgesamt um rund 12 vH. Diese Entwicklung ist offenbar die Folge einer „Konsolidierung der Bilanzen“ gewesen: Gegenüber der UdSSR waren noch Exportverpflichtungen zu erfüllen, die 1965 und 1966 infolge rückläufiger Ausfuhren entstanden waren. Auch die Ausfuhr in die „kapitalistischen Industrieländer“ (ohne Bundesrepublik) hatte im Jahre 1966 — im Gegensatz zum Interzonenhandel — bei stark expandierenden Importen kaum erhöht werden können; für diese Län-

¹ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

² Vgl. Wochenberichte des DIW Nrn. 12 und 40/1967.

Westdeutsche Lieferungen im Interzonenhandel¹⁾

Warengruppen	in Mill. VE		in vH	
	1966	1967	1966	1967
Pflanzl. u. tier. Prod., Ernährungsgüter ²⁾	364,6	274,8	22,4	18,5
dar.: Ölkuchen u. Schrote	143,0	99,2	8,8	6,7
Rohe Öle	70,2	33,8	4,3	2,3
Bergbauerzeugnisse	32,8	30,0	2,0	2,0
NE-Metalle u. Metallhalbzug	45,9	78,6	2,8	5,3
Eisen u. Stahl ³⁾	343,3	206,8	21,1	13,9
dar.: Stahlhalbzug	30,5	16,5	1,9	1,1
Walzstahl	161,3	74,7	9,9	5,0
Weiterverarbeiteter Walzstahl	35,0	27,6	2,2	1,9
Kaltband	29,8	20,7	1,8	1,4
Präzisionsstahlrohre	24,6	19,6	1,5	1,3
Gezogener Draht	30,1	31,0	1,9	2,1
Maschinenbauerzeugnisse	222,7	251,5	13,7	16,9
dar.: Metallbearbeitungsmaschinen	37,8	40,0	2,3	2,7
Verdichter u. Druckluftgeräte	10,6	10,3	0,7	0,7
Maschinen für die Verarbeitung von Gummi und Kunststoff	8,7	15,4	0,5	1,0
Baummaschinen	8,5	10,3	0,5	0,7
Maschinen und Einrichtungen für den Bergbau	6,7	10,6	0,4	0,7
Masch. f. d. Nahrungsmittelind.	18,6	24,0	1,1	1,6
Masch. u. Anlagen für die chem. und verwandte Industrie	37,4	28,9	2,3	1,9
Papier- und Druckereimaschinen	6,7	13,8	0,4	0,9
Textilmaschinen	23,4	26,1	1,4	1,8
Land- u. Wasserfahrzeuge	15,2	6,2	0,9	0,4
Elektrotechnische Erzeugnisse	34,6	49,4	2,1	3,3
dar.: Elektr. Meß- u. Steuerungsgeräte	8,9	13,2	0,5	0,9
Feinmech. u. optische Erzeugnisse	12,4	14,2	0,8	1,0
Chemische Erzeugnisse ⁴⁾	352,8	353,8	21,7	23,8
dar.: Düngemittel	128,7	100,2	7,9	6,8
Farben, Farbstoffe, Lacke	37,8	39,9	2,3	2,7
Glas u. Glaswaren, Keramik	24,7	20,8	1,5	1,4
Holz u. Holzzeugnisse	22,2	25,7	1,4	1,7
Zellstoff, Papier, Papier- u. Druckerei-erzeugnisse	25,5	30,2	1,6	2,0
Textilien	47,2	63,3	2,9	4,3
Bekleidung	27,8	31,3	1,7	2,1
Lieferungen, insgesamt	1 625,3	1 484,1	100,0	100,0

¹⁾ Einschl. Berlin (West). — ²⁾ Einschl. Tabakwaren. — ³⁾ Einschl. Gießereierzeugnisse sowie Erzeugnisse der Ziehereien u. Stahlverformung. — ⁴⁾ Einschl. Kunststoff-erzeugnisse sowie Gummi- und Asbestwaren.

Quelle: Stat. Bundesamt Wiesbaden: „Warenverkehr zwischen den Währungsgebieten der DM-West und der DM-Ost“, Fachserie F, Reihe 6, Dezember 1967.

dergruppe ergab sich ein doppelt so hohes Handelsdefizit wie im Interzonenhandel. Auch im Jahr zuvor hatte Mitteldeutschland mit diesen Ländern — im Gegensatz zur Bundesrepublik — einen Passivsaldo.

Die rückläufige Entwicklung des Interzonenhandels im letzten Jahr braucht daher nicht unbedingt als das Ergebnis einer gewollten Restriktion dieses Handels durch die DDR gewertet zu werden. Ihre Ursache könnte vielmehr durchaus in hohen Exportverpflichtungen und einer angespannten Devisenbilanz zu suchen sein.

1968 keine Belebung in Aussicht

Die allgemein erwarteten und im Verlauf des vergangenen Jahres bereits erkennbaren Bemühungen zum Abbau des mitteldeutschen Lieferrückstandes, die sich sowohl in einer Zurückhaltung der Auftraggeber bei Bestellungen als auch in Anstrengungen zur Steigerung eigener Verkäufe an westdeutsche Interessenten ausdrücken³⁾, werden das Bild der Entwicklung in diesem Jahr prägen. Bei der zu er-

wartenden Stagnation des Umsatzes wird ein Abbau der mitteldeutschen Passivsaldos im wesentlichen nur durch Umkehrung der vorjährigen Liefer-Bezugswerte möglich sein. Doch selbst bei einem Rückgang der Lieferungen um 20 vH und einer Zunahme der Bezüge aus Westdeutschland um ebenfalls 20 vH würde der mitteldeutsche Überschuß nur 300 bis 350 Mill. DM erreichen; der alte mitteldeutsche Passivsaldo würde also dadurch noch nicht beseitigt werden können.

Dabei ist eine stärkere Ausdehnung der westdeutschen Bezüge recht problematisch; zu fragen bleibt im wesentlichen, wie sie kurzfristig zu erreichen sein soll. Offen ist vor allem, bei welchen Erzeugnissen dies geschehen könnte. Zwar hat es in den letzten acht Jahren bei den Bezügen zweimal jährliche Zuwachsraten von jeweils 23 bzw. 26 vH gegeben; jedoch waren sowohl 1960 als auch 1965 die Güter der Ernährungswirtschaft maßgeblich an dieser Steigerung beteiligt. Eine erneute Ausdehnung derartiger Bezüge ist aber unwahrscheinlich und aus verschiedenen Gründen nicht wünschenswert⁴⁾.

³⁾ Die neuesten Daten über die Entwicklung des Interzonenhandels in den Monaten Januar und Februar 1968 bestätigen dies.

⁴⁾ Siehe hierzu Wochenberichte des DIW Nrn. 12 und 40/1967.

Westdeutsche Bezüge im Interzonenhandel¹⁾

Warengruppen	in Mill. VE		in vH	
	1966	1967	1966	1967
Pflanzl. u. tier. Prod., Ernährungsgüter	375,9	397,5	27,9	31,4
dar.: Getreide	149,6	148,7	11,1	11,8
Schweinefleisch	89,8	81,2	6,7	6,4
Verbrauchszucker	26,7	31,4	2,0	2,5
Braunkohle	162,3	116,1	12,1	9,2
Mineralölerzeugnisse	67,5	20,7	5,0	1,6
dar.: Benzin und Diesel	48,5	—	3,6	—
Steine und Erden	27,9	34,2	2,1	2,7
Eisen und Stahl ²⁾	41,0	49,7	3,0	3,9
Chemische Erzeugnisse ³⁾	100,2	105,4	7,4	8,3
Maschinenbauerzeugnisse	70,9	56,8	5,3	4,5
dar.: Metallbearbeitungsmaschinen	24,8	18,5	1,8	1,5
Büromaschinen	14,3	10,1	1,1	0,8
Elektrotechnische Erzeugnisse	29,2	29,5	2,2	2,3
dar.: Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte	12,8	11,9	1,0	0,9
Feinmech. und optische Erzeugnisse	24,4	21,4	1,8	1,7
dar.: Foto- und Kinogeräte	11,6	10,8	0,9	0,9
Eisen-, Blech- und Metallwaren	19,4	19,3	1,4	1,5
Glas und Glaswaren, Keramik	21,6	23,0	1,6	1,8
Zellstoff, Papier, Papier- u. Druckerei-erzeugnisse	32,6	29,3	2,4	2,3
Holz und Holzzeugnisse	56,8	53,9	4,2	4,3
dar.: Möbel	29,8	35,0	2,2	2,8
Leder, Lederwaren und Schuhe	11,6	12,4	0,9	1,0
Musikinstrumente und Spielwaren ⁴⁾	22,9	17,5	1,7	1,4
dar.: Spielwaren	11,2	9,5	0,8	0,8
Textilien	142,3	128,2	10,6	10,1
dar.: Meterware	41,6	38,7	3,1	3,1
Wirk- und Strickwaren	74,2	63,4	5,5	5,0
Bekleidung	102,1	102,0	7,6	8,1
dar.: Oberbekleidung	54,3	55,2	4,0	4,4
Wäsche	31,3	33,2	2,3	2,6
Bezüge, insgesamt	1 345,4	1 264,0	100,0	100,0

¹⁾ Einschl. Berlin (West). — ²⁾ Einschl. Gießereierzeugnisse sowie Erzeugnisse der Zieherei und Stahlverformung. — ³⁾ Einschl. Kunststoff-erzeugnisse sowie Gummi- und Asbestwaren. — ⁴⁾ Sowie Turn- und Sportgeräte, Schmuckwaren, bearbeitete Edelsteine.

Quelle: Stat. Bundesamt Wiesbaden: „Warenverkehr zwischen den Währungsgebieten der DM-West und der DM-Ost“, Fachserie F, Reihe 6, Dezember 1967.

Zwar würden eine Einigung über die Ausgleichszahlungen für Mineralölzeugnisse⁵ und die Wiederaufnahme der mitteldeutschen Benzin- und Diesellieferungen zu einer Entlastung der innerdeutschen Warenbilanz führen. Sie dürfte jedoch nicht ausreichen, um einen erneuten Rückgang der westdeutschen Lieferungen auch im Jahre 1968 zu verhindern⁶. Allerdings könnte kurzfristig ein Rückgang der Lieferungen durch eine stärkere Kreditierung der westlichen Lieferungen — etwa in Form einer Swingerhöhung — aufgehalten werden; sie müßte jedoch mit einer weiteren zeitlich großzügigen Aussetzung des Saldenausgleichs verbunden sein. Das Problem der unzureichenden mitteldeutschen Gegenlieferungen wird allerdings auf diese Weise grundsätzlich nicht gelöst werden können. Der damit verbundene Zeitgewinn wäre nur dann sinnvoll, wenn er von beiden Seiten intensiv dazu genutzt würde, günstigere Voraussetzungen für verstärkte Lieferungen Mitteldeutschlands zu schaffen.

Bemühungen um verstärkte Bezüge notwendig

In der Bundesrepublik wären hierzu eine weitergehende Liberalisierung der Bezugspolitik⁷ — insbesondere bei der „autonomen Wertbegrenzung“ der gewerblichen Güter⁸ — und eine größere Abnahmebereitschaft der Konsumenten erforderlich. Auch heute gibt es z. T. noch Vorbehalte gegenüber den aus der DDR stammenden Erzeugnissen, die oft unberechtigt sind. Zum Abbau von Ressentiments könnten verbesserte Informationen, z. B. mit Hilfe der „Stiftung Warentest“, beitragen.

Auf der anderen Seite sollte die DDR weiterhin bemüht bleiben, ihre Erzeugnisse von der Qualität, dem Sortiment, dem Service und der Produktgestaltung her für den westdeutschen Verbraucher attraktiv zu machen. Notwendig wäre außerdem eine stärkere Ausrichtung der Absatzbemühungen auf die Gegebenheiten des westdeutschen Marktes, vor allem mit Hilfe eines verbesserten „marketing“. Hierzu könnte u. a. die Inanspruchnahme der Erfahrungen und der Dienste westdeutscher Werbefirmen zählen, doch auch die Veranstaltung von Ausstellungen, insbesondere von Konsumgütermessen. Derartige Formen der Absatzförderung werden von anderen osteuropäischen Ländern auf westlichen Märkten bereits mit Erfolg gepflegt. Auch ist die teilweise schon diskutierte Einrichtung von Warenauslieferungs- und Ersatzteillagern, Kundendienst- und technischen Büros⁹ sowie von „Stellen für die Marktbeobachtung“ ein durchaus geeignetes Mittel zur Absatzförderung mitteldeutscher Erzeugnisse in der Bundesrepublik.

Mit den bereits in Düsseldorf und Frankfurt/M. bestehenden „Büros des Ministeriums für Außen-

wirtschaft“ der DDR sowie dem vom Bundeskanzler avisierten und noch einzurichtenden „Büro für den Interzonenhandel“ in Ost-Berlin¹⁰ könnte damit begonnen werden, ein Netz von Kontaktstellen zur Kundengewinnung, -beratung und -betreuung in beiden Teilen Deutschlands zu schaffen. Zwar erscheint die Einrichtung westdeutscher Stellen in der DDR wegen der einseitigen Schwierigkeiten des Bilanzausgleichs wirtschaftlich gegenwärtig als nicht so dringlich wie umgekehrt, doch dürfte sich mit zunehmender westlicher Konkurrenz auf dem mitteldeutschen Markt und sich erweiternder Entscheidungsbefugnis der mitteldeutschen Außenhandels- und Produktionsbetriebe ein solches Netz westdeutscher Kontaktstellen in der DDR als nützlich erweisen.

Weitere Möglichkeiten für eine Bilanzaufbesserung im Interzonenhandel böten sich für die DDR auf längere Sicht auch im Reiseverkehr und durch Kooperation west- und mitteldeutscher Industriebetriebe. Beide Instrumente werden von einigen osteuropäischen Ländern bereits heute genutzt¹¹.

In der zwischenbetrieblichen Kooperation, die es erst seit etwa drei Jahren in den Wirtschaftsbeziehungen Ost- und Westeuropas gibt, sind inzwischen vielfältige Formen entwickelt worden. Sie reichen beim östlichen Partner von der Lizenznahme über die Montage importierter Teilaggregate, die Produktion von Einzelteilen oder ganzen Erzeugnissen auf Bestellung durch den westlichen Kooperationspartner bis zur gemeinsamen Produktion bestimmter Erzeugnisse (unter Umständen bei Verwendung einzelner importierter Elemente aus dem Land des Partners und Export der Gemeinschaftsproduktion in Drittländer). Die unternehmerische Zusammenarbeit zwischen ost- und westeuropäischen Industriebetrie-

⁵ Die DDR fordert hierfür einen Ausgleichsbetrag von etwa 200 Mill. DM.

⁶ Offen hierbei bleibt freilich, ob aus politischen Gründen eine Begleichung weiterer finanzieller Forderungen der Ostseite (z. B. aus dem Postverkehr) und ihre Verrechnung über den Interzonenhandel möglich oder beabsichtigt ist.

⁷ Vgl. hierzu Wochenberichte des DIW Nr. 12 und 40/1967.

⁸ Für dieses Jahr wurden gewerbliche Güter im Wert von 16 Mill. DM von der Kontingentaufhebung und -erweiterung betroffen. Die 1967 für wertbegrenzte Bezüge erteilten Genehmigungen betrugen lt. Jahresbericht des Bundeswirtschaftsministeriums („Bundesanzeiger“ Nr. 33/1968) 38 Mill. DM.

⁹ In der DDR-Presse (Neues Deutschland vom 8. 3. 1968) wurde kürzlich berichtet, daß Mitteldeutschland in den Entwicklungsländern 60 und in den „kapitalistischen Industrieländern“ 50 Kundendienst- und technische Büros — sowohl für Investitions- als auch für technische Konsumgüter — unterhält.

¹⁰ In dem „Bericht über die Lage der Nation“ vor dem Deutschen Bundestag im März 1968. Wiedergegeben im „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“ Nr. 33/1968, S. 263. Nachfolgend zitiert als „Bulletin“.

¹¹ Der Reiseverkehr wird am stärksten von Jugoslawien und der Tschechoslowakei als Quelle der Devisenbeschaffung geschätzt, während eine Industriekooperation mit westlichen Ländern besonders in Polen und Ungarn gepflegt wird. Siehe hierzu: H. Tischner „Der deutsche Osthandel“ in Konjunkturpolitik 1967 H. 5/6 und „Fremdenverkehr in Osteuropa“ in Wochenbericht des DIW Nr. 30/1967.

ben¹² bietet für die östlichen Partner mehrere Vorteile, so die Sicherung des Absatzes der Erzeugnisse auf den differenzierten westlichen Märkten, eine weitgehende Ausschaltung der Marktrisiken durch Mengen- und Preisabsprachen und nicht zuletzt die Übermittlung des technischen Wissens des Westens. Die bisher noch mehr oder weniger in einem Experimentierstadium befindliche Industriekooperation könnte in Zukunft größere Bedeutung erlangen, weil sie der im Zuge der Wirtschaftsreformen stärker betonten Eigenverantwortung der Einzelbetriebe bzw. deren Dachorganisationen weitgehend entgegenkommt.

Alle diese Möglichkeiten wären ebenso geeignet, das mitteldeutsche Defizit im Interzonenhandel abzubauen und dem Güteraustausch neue Expansionsimpulse zu geben, wie die bereits früher vom DIW vorgeschlagene Erweiterung des bisher bilateralen Abrechnungsverkehrs zu einem Clearing mit anderen osteuropäischen Ländern, z. B. mit der Sowjetunion¹³.

Ausblick

Für die Beantwortung der Frage, ob diese Möglichkeiten — und gegebenenfalls warum sie nicht — genutzt werden, sind weniger ökonomische Aspekte maßgeblich, wie die Erfahrung zeigt. Entscheidend ist vielmehr, ob und in welchem Umfange eine Stärkung des innerdeutschen Warenverkehrs politisch erwünscht ist. Für die Bundesrepublik hat der Bundeskanzler kürzlich erneut die Bereitschaft erklärt, den Interzonenhandel zu fördern, den wirtschaftlichen Fortschritt in der DDR zu unterstützen und hierzu ein „Gesamtkonzept für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands“ — aus der Sicht der Bundesrepublik — an-

gekündigt¹⁴. Ob dieses Konzept, soweit es den Interzonenhandel betrifft, dem Bedürfnis der Ostseite nach langfristigen Dispositionsmöglichkeiten entgegenkommt und ihr auch politisch akzeptabel erscheint, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall sollte es die Beseitigung aller noch bestehenden Handelshemmnisse im Interzonenhandel einschließen, schon deshalb, um die von der mitteldeutschen Wirtschaftsführung verfolgte Handelspolitik sichtbar werden zu lassen.

Einem schnellen Erfolg der Bemühungen sind Grenzen gesetzt: 1968 kann mit einer Umsatzsteigerung noch nicht gerechnet werden. In den Jahren 1969 und 1970 — also noch während der Laufzeit des mitteldeutschen Perspektivplans — aber sollte es gelingen, einen weiteren Rückgang des Interzonenhandelsanteils aufzuhalten. Darüber hinausgehende Bestrebungen werden jedoch erst danach Erfolg haben können; denn 1970 laufen sowohl der mitteldeutsche Perspektivplan als auch die mehrjährigen Handelsverträge aus, nach denen der bei weitem größte Teil des mitteldeutschen Außenhandels abgewickelt wird. Soll eine Sicherung steten Wachstums im Interzonenhandel gewährleistet sein, so wird dies in den längerfristigen Wirtschaftsplänen und Handelsverträgen berücksichtigt werden müssen.

Ob aber eine durchaus mögliche und für beide Seiten nützliche Intensivierung des innerdeutschen Warenverkehrs auf längere Sicht auch eintritt, wird vom Willen der politischen Instanzen beider Seiten abhängen. Es wäre zu wünschen, wenn — zunächst für die westliche Seite — der Inhalt des „Gesamtkonzepts“ eine günstige Prognose erleichtern würde.

¹² Aufseiten Westeuropas sind westdeutsche Unternehmer hier führend.

¹³ Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 40/1967.

¹⁴ Vgl. Bulletin.

Aspekte der künftigen energiewirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

Die Entwicklung der Energiewirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland wird auch in den kommenden Jahren von strukturellen Änderungen gekennzeichnet sein. Für den deutschen Steinkohlenbergbau sind die Absatzprobleme noch keineswegs gelöst. Zwar hat sich der Absatz deutscher Steinkohle im Jahre 1967 günstiger entwickelt als erwartet; doch tragen die Gründe, die dafür maßgebend waren, vornehmlich kurzfristigen Charakter.

Zunächst profitierte der größte industrielle Abnehmer, die Eisenschaffende Industrie, im vergangenen Jahr von einer konjunkturellen Sonderbewe-

gung. Die Rohstahlerzeugung erreichte 36,7 Mill. t und konnte damit gegenüber dem Vorjahr um fast 1,5 Mill. t gesteigert werden. In der Roheisenerzeugung wurde mit 27,4 Mill. t sogar ein neuer Produktionsrekord aufgestellt: Die Vorjahrsproduktion ist um 2 Mill. t (7,3 vH) übertroffen worden. Aus der Produktionssteigerung resultiert gegenüber 1966 ein Mehrverbrauch von etwa 1,6 Mill. t Koks Einsatzkohle. Dabei haben offenbar die im Verlauf der Suezkrise entstandenen Sonderbewegungen der Heizölpreise sowie die mit 6,80 DM/t festgesetzte Subventionierung der deutschen Koks-kohle die Sub-

stitutionskomponente, die zu einer Senkung des spezifischen Koksensatzes im Hochofen führt, geschwächt.

Ferner wurde der Export von Steinkohle 1967 gegenüber dem Vorjahr um 2 Mill. t auf 18 Mill. t gesteigert. Dies war im wesentlichen eine Folge der günstigen internationalen Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie, aber auch der von den Unternehmen zugestandenen, teilweise beachtlichen Preisnachlässe für Haldenkohle.

Die genannten Faktoren haben entscheidend dazu beigetragen, daß der Absatz deutscher Steinkohle im vergangenen Jahr von 118 Mill. t (1966) nur auf 114,6 Mill. t gesunken ist. Da die Steinkohlenförderung wesentlich stärker gedrosselt wurde — von 126 Mill. t auf 112 Mill. t im Jahre 1967 —, konnten die Haldenbestände um 2,6 Mill. t Steinkohle und Steinkohlenkoks vermindert werden. Zu berücksichtigen sind hierbei allerdings gewisse konzerninterne Transaktionen, durch die etwa 1,5 Mill. t Haldenkohle auf Verbraucherbestände „umgebucht“ wurden. Diese als Absatz ausgewiesenen Mengen entsprechen daher keinem wirklichen Mehrverbrauch.

Es wäre unrealistisch, die Entwicklung des vergangenen Jahres zum Ansatzpunkt mittel- oder langfristiger Überlegungen zu machen. Die künftigen Absatzmöglichkeiten für den deutschen Steinkohlenbergbau werden vielmehr — sieht man von der schwer zu überblickenden Entwicklung der Exportmärkte ab — in entscheidendem Maße von den technologischen Entwicklungstendenzen der Eisenschaffenden Industrie und den künftigen strukturellen Veränderungen der deutschen Elektrizitätswirtschaft beeinflußt werden.

Die Kokskohlensubvention hat zwar die Wettbewerbsstellung der deutschen Kokskohle verbessert, die *Eisenschaffende Industrie* wird aber auch weiterhin mit allen Mitteln bestrebt sein, den vergleichsweise teuren Koksverbrauch im Hochofen (etwa 50 DM/t Roheisen) einzuschränken. Diese Rationalisierungsmaßnahmen werden durch zwei Tendenzen gekennzeichnet:

- die weitere Senkung des spezifischen Koksverbrauchs je t Roheisen, z. B. durch verbesserte Möllervorbereitung, Substitution des Koks durch Erdöl und Erdgas, Steigerung der Heißwindtemperatur und Übergang zu größeren Hochofeneinheiten und
- die Umstellung der konventionellen Verhüttungstechnik auf die Roheisenerzeugung „außerhalb des Hochofens“ (Direktreduktionsverfahren).

Die Maßnahmen der ersten Kategorie, zu denen im Hinblick auf die erweiterte Vorbereitung der im Hochofen eingesetzten Rohstoffe insbesondere der Einsatz vorreduzierter Pellets gehört, werden den spezifischen Koksverbrauch im Bereich der herkömmlichen Hüttentechnik — sie hat heute in der Verbindung Hochofen/Sauerstoffaufblas-Stahlwerk einen hohen Stand der Vervollkommenung erreicht — weiterhin schrumpfen lassen. Darüber hinaus sind der Substitution des Koks durch andere Energieträger im Hochofen jedoch technologische Grenzen gesetzt. Das gilt auch für die Forschungserfolge auf dem Gebiet der sogenannten Nuklear-Siderurgie, ein Verfahren, nach dem zur Reduktion des Eisenerzes Reaktorwärme eingesetzt wird; etwa zwei Drittel der derzeit im Hochofen verbrauchten Koksmenge soll damit eingespart werden.

Zweifellos werden die Maßnahmen der Eisenschaffenden Industrie zur Senkung der Produktionskosten vorerst auf die bestehenden Anlagen konzentriert sein. Insofern wird der Kohlenabsatz in diesem Bereich — freilich unter Berücksichtigung der weiteren Verminderung des spezifischen Koksverbrauches — vorläufig gesichert bleiben.

Der einschneidende technologische Strukturwandel einer Umstellung der konventionellen Metallurgie auf die Eisenerzeugung „außerhalb des Hochofens“ wird sich jedoch voraussichtlich etwa nach Ablauf der nächsten 4 oder 5 Jahre auszuwirken beginnen. Der Anwendung von Direktreduktionsverfahren wird bereits in den längerfristigen Investitionsplanungen Rechnung getragen. Da das in verschiedenen Direktreduktionsverfahren ohne Schmelzprozeß zu metallischem Eisen reduzierte Eisenerz zunächst im wesentlichen zur Elektrostahlerzeugung eingesetzt werden dürfte, wird der Ablauf des skizzierten Strukturwandels mit großer Wahrscheinlichkeit von dem Angebot preisgünstigen Kernenergiestroms beschleunigt werden. Schon heute gilt es im Bereich besonderer Edelstahl-Programme als wirtschaftlich interessant, direktreduzierte Erze zur Schmelzung hochwertiger Stähle in Elektro-Lichtbogenöfen einzusetzen.

Wie schnell die technologischen Wandlungen in der Eisenschaffenden Industrie den Steinkohlenabsatz beeinflussen werden, ist im einzelnen noch nicht zu übersehen. Jedenfalls wäre es unrealistisch anzunehmen, der größte industrielle Abnehmer von Steinkohle bzw. Steinkohlenkoks sei auch weiterhin im gleichen Maße wie in den vergangenen Jahren für den Steinkohlenbergbau ein relativ sicherer Absatzbereich.

Auch in der westdeutschen *Elektrizitätswirtschaft* wird die Rolle der Steinkohle unter Berücksichtigung der künftigen Verfügbarkeit von Kernenergie zur

Stromerzeugung einer problematischen Entwicklung unterworfen sein. Die mit den Gesetzen zur Sicherung des Steinkohlenabsatzes in der Elektrizitätswirtschaft beschlossenen Maßnahmen laufen Mitte 1971 aus. Zwar werden mit ihrer Hilfe Steinkohlenkraftwerken bis zum vollen Ausgleich der Brennstoff- und Betriebskosten-Differenz gegenüber Heizölkraftwerken Subventionen gewährt und auf diesem Wege bis 1970 voraussichtlich zusätzlich 6 Mill. t abzusetzen sein. Das Ziel der Gesetze aber, den Steinkohlenanteil an der Gesamtstromerzeugung bis 1971 bei 50 vH zu „stabilisieren“, wird Fiktion bleiben; denn schon 1966 war diese Quote auf etwa 41 vH gesunken, und wesentlich darüber wird sie bis 1970/71 kaum gesteigert werden können¹. Selbst wenn die Stromgesetze verlängert werden sollten, wird ihr entscheidender Mangel darin liegen, daß die Subventionierung der Steinkohle an dem versteuerten Preis des schweren Heizöls orientiert wird, nicht aber an den schon zu Beginn der 70er Jahre voraussichtlich wesentlich niedrigeren vergleichbaren Kosten von Kernkraftwerken¹. Soll auch in den siebziger Jahren der Steinkohlenabsatz zur Stromerzeugung in geplantem Umfang gesichert bleiben, so müßten die Stützungsmaßnahmen — mit der Folge erheblicher Mehrbelastungen — an dem kostengünstigsten Energieträger, der Kernenergie, ausgerichtet werden.

Die großen industriellen Stromabnehmer, insbesondere die Chemische und die Eisenschaffende Industrie, werden in den kommenden Jahren über die mögliche Installierung eigener Kernkraftkapazitäten entscheiden. Der Energiebedarf eines einzelnen modernen Hüttenwerkkomplexes z. B. liegt auch nach Eliminierung der für Reduktionszwecke aufzuwendenden Energie im Bereich der für Kernkraftwerke günstigen Größenordnungen. Allerdings kann die Bewältigung des sogenannten Reserveproblems das Zusammengehen der Industrie mit öffentlichen Versorgungsunternehmen zur Folge haben. Darauf deuten auch die jüngsten Berichte hin, nach denen im Ruhrgebiet Großunternehmen der Eisenschaffenden und der Aluminiumindustrie Sondertarife angeboten wurden.

Aus der künftigen Entwicklung scheint sich jedenfalls — insbesondere unter dem Einfluß der Gesetze zur Sicherung des Steinkohlenabsatzes in der Elektrizitätswirtschaft — zu ergeben, daß die „Heizölphase“ im Bereich der Stromerzeugung weitgehend

übersprungen werden wird. Insofern erfolgt die politische Behandlung der energiewirtschaftlichen Strukturprobleme teilweise zu Lasten der *Mineralölindustrie*. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß der Absatz schweren Heizöls in Kraftwerken 1968 gegenüber 1967 stagnieren wird, wenn die durch die Stromgesetze geförderte Re-Substitution des Heizöls durch Steinkohle in bivalenten Feuerungsanlagen den möglichen Mehreinsatz von Heizöl zur Stromerzeugung kompensieren wird. Darüber hinaus kommen die Maßnahmen der sogenannten Selbstbeschränkung mittlerweile einer Kontingentierung im Zuwachsbereich des Absatzes von schwerem und leichtem Heizöl nahe. Wenn sich die dadurch zu erwartende Begrenzung des Absatzvolumens nachteilig für die Mineralölwirtschaft auswirkt, dann insbesondere für die deutschen Unternehmen, die gegenüber den internationalen Konzernen unter gewissen — steuerlich bedingten — Wettbewerbsverzerrungen zu leiden haben. Das ist ein Grund mehr zu überprüfen, auf welchem Wege künftig eine Neutralisierung dieser Benachteiligung möglich sein wird. Insgesamt wird ein Viertel der Ende 1968 voraussichtlich auf etwa 120 Mill. t erweiterten Raffineriekapazität in der Bundesrepublik von deutschen Gesellschaften betrieben. Eine Konzentration dieser Gruppe würde künftig unter Berücksichtigung einer Normalauslastung der Produktionsanlagen alle zwei Jahre eine Kapazitätserweiterung um 2,5 Mill. t ermöglichen, selbst wenn der Verbrauch schweren Heizöls jährlich nur um 3 vH zunehmen würde. Parallel zur Produktionspoolung wäre dann allerdings auch eine Koordinierung der Absatzpolitik erforderlich.

Dieses nicht unfreundliche Bild bedarf jedoch insoweit gewisser Einschränkungen, als sich aus der künftigen Entwicklung des *Erdgasangebots* mindestens nach 1970 für die Absatzentwicklung von Heizöl wie auch von Steinkohle eine Reihe neuer Fragen ergeben wird. Die vom DIW gegebene Vorausschätzung des Erdgasangebots² (einschließlich Erdölgas) für 1970 von etwa 10 Mill. t SKE wird voraussichtlich etwas überschritten werden, während die für 1975 errechneten 35 Mill. t SKE aufgrund der bekanntgewordenen Abnahmeverträge ihrer Größenordnung nach immer noch realistisch erscheinen.

¹ Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 1/2, 1968.

² Vgl. M. Liebrucks, „Corrigendum zum Energiegutachten von 1961“ in Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, zweites Heft 1966.

Der nächste „Wochenbericht“ erscheint als Doppelnummer am Donnerstag, dem 2. Mai 1968.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel. 76 10 33 — telex 0183247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für den Inhalt verantwortlich: das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43
Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1,—